

# Neue Sorgen für Brüssel nach der glanzvollen Wiederwahl des kroatischen Präsidenten

von Pierre Lévy,\* Frankreich



Pierre Lévy. (Bild <https://ruptures-presse.fr>)

(CH-S) In den vergangenen und kommenden Monaten waren und werden in mehreren EU-Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa Regierungswahlen aktuell. Dies betrifft Kroatien, Ungarn, Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Österreich, Deutschland und Tschechien.

Pierre Lévy ist ein französischer Journalist, der seit vielen Jahren die Entwicklungen in der Europäischen Union kritisch mitverfolgt und beschreibt.

In diesem Artikel analysiert er die politische Situation im Nachgang zur kürzlich durchgeführten Präsidentenwahl in Kroatien.

\*\*\*

Am 12. Januar wurde der kroatische Präsident im zweiten Wahlgang mit 74,7 Prozent der Stimmen triumphal im Amt bestätigt. Zoran Milanović hatte den Sieg im ersten Wahlgang nur sehr knapp mit 49,1 Prozent verfehlt. Vor fünf Jahren erreichte er im ersten Wahlgang nur 29,5 Prozent der Stimmen und gewann schliesslich knapp mit 52,7 Prozent.

Noch nie zuvor hat Kroatien, ein Land mit 3,8 Millionen Einwohnern, das aus dem Zerfall Jugoslawiens hervorging, ein Staatsoberhaupt mit einem so hohen Ergebnis gewählt. Zoran Milanović, der von 2011 bis 2016 sozialdemokratischer Premierminister war, wurde von einer Koalition unterstützt, die auch seine ehemalige Partei umfasste, schmiedete seine Popularität jedoch durch einen Ton, den seine Gegner als «populistisch» anprangern. Einige bezeichnen ihn sogar als «Trump des Balkans».

\* Pierre Lévy, geboren 1958 in Paris, ist ein französischer Journalist. Er war von 1996 bis 2001 Redakteur der Tageszeitung *L'Humanité* und ehemaliger Gewerkschafter der CGT-Metallurgie. Er wurde Chefredakteur der Monatszeitschrift *Bastille-République-Nations*, die nun den Titel *Ruptures* trägt.



Zoran Milanović bei der Stimmabgabe am 12. Januar 2025. (Bild Screenshot)

Er argumentierte vor allem mit Korruptionsskandalen, die die derzeitige Regierung weitgehend erschüttert hatten. So wurde beispielsweise der Gesundheitsminister im November unter dem Verdacht der Geldwäsche, des Amtsmissbrauchs und der illegalen Einflussnahme verhaftet.

Die Regierung und insbesondere Premierminister Andrej Plenkovic erlitten symmetrisch eine herbe Niederlage. Der von ihnen unterstützte Kandidat Dragan Primorac, ein ehemaliger Bildungsminister, musste sich am 12. Januar mit weniger als 26 Prozent der Stimmen begnügen, in einer Wahl, die von einer niedrigen Wahlbeteiligung geprägt war: 44,2 Prozent der registrierten Wähler.

Die Regierungspartei musste somit einen weiteren Rückschlag hinnehmen, nachdem sie bei den Parlamentswahlen im April letzten Jahres um 4,1 Prozentpunkte (34,4 Prozent) zurückgefallen war. Die HDZ war die Partei des «Vaters der Unabhängigkeit», Franjo Tudjman, und regierte das Land mit wenigen Ausnahmen seit 1991. Es war die HDZ, die Kroatien auf den Weg in die EU gebracht hat, der es 2013 als letztes Land beitrug.

Plenkovic, der seit 2016 die Regierung führt, ist ein überzeugter Verfechter der europäischen Integration und der Nato. Seine Feindschaft mit dem Staatsoberhaupt ist allgemein bekannt, insbesondere seit dieser im vergangenen Jahr versucht hatte, im eigenen Wahlkreis des Premierministers als Abgeordneter zu kandidieren. Das Verfassungsgericht hatte diese unerwartete Kandidatur schliesslich verhindert, was den Präsi-

ten dazu veranlasste, die Richter als «ungebildete Bauern» zu bezeichnen.

### **Kritische Stellungnahmen gegenüber Brüssel**

Es ist jedoch nicht die oft provokative Direktheit des Präsidenten, die der Regierung und der rechten Mehrheit sauer aufstösst, sondern vielmehr seine sehr kritischen Stellungnahmen gegenüber Brüssel; so prangert er die Europäische Kommission als «autokratisch und nicht repräsentativ» an. Vor allem seine Weigerung, das Land in die militärische Unterstützung Kiews einzubeziehen, lässt viele Wähler seine Rolle als Gegengewicht schätzen.

Zwar hat das Staatsoberhaupt nicht die tatsächliche Macht inne; diese liegt bei der Regierung. Aber er vertritt Kroatien im Ausland und hat ein Mitspracherecht bei der Durchführung der Aussenpolitik. Darüber hinaus ist er Oberbefehlshaber der Streitkräfte.

Dies verleiht ihm ein gewisses Gewicht und hat ihm insbesondere ermöglicht, sich gegen die Lieferung von Waffen in die Ukraine sowie gegen die Beteiligung des nationalen Militärs an der Ausbildung ukrainischer Soldaten unter der Ägide der Nato zu stellen. «Solange ich Präsident der Republik bin, wird kein kroatischer Soldat in den Kriegen anderer kämpfen», hat er kürzlich klargemacht.

Mehr brauchte es natürlich nicht, um den Zorn von Plenkovic zu entfachen. Der Regierungschef verurteilte den «diktatorischen und pharaonischen» Stil seines Rivalen und beschuldigte ihn, Moskau in die Hände zu spielen, Zagreb von seinen euro-atlantischen Verbündeten zu entfremden und somit das Land zu destabilisieren. Kurz gesagt, warnte der Premierminister kurz vor der Wahl, «der Unterschied zwischen Zoran Milanovic und Dragan Primorac ist einfach: Der eine führt uns nach Osten und der andere nach Westen». Plenkovic betonte: «Wir brauchen einen Staatspräsidenten, der Kroatien im Westen verankern will».

Der Präsident hatte die Entscheidung Russlands, einen Krieg in der Ukraine zu beginnen, damals verurteilt. Doch seine Weigerung, das Land seinen Anteil an der Unterstützung Kiews übernehmen zu lassen, löste gegen ihn den Vorwurf aus, er sei eine «Marionette Moskaus».

Dass sich unter diesen Umständen fast drei von vier Wählern für seine Wiederwahl entschieden, ist alles andere als nebensächlich. Natürlich haben die Korruptionsskandale sowie die wirt-

schaftliche und soziale Lage die Wähler beeinflusst. Kroatien hat wirklich die höchste Inflation in der Eurozone. Und die Auswanderung in andere Länder ist massiv, was zu einem ernsthaften Arbeitskräftemangel im Land führt.

Aber die Zurückweisung der Ausrichtung auf den Druck der EU und der Nato hat bei der Wahl sicherlich eine Rolle gespielt, zumal der Präsident im Gegensatz zur Innenpolitik über Vorrechte im diplomatisch-militärischen Bereich verfügt.

### **Vermehrt kritische Positionen zur Unterstützung Kiews**

Kroatien scheint sich mit seinem Votum vom 12. Januar also in das Lager der EU-Staaten einzureihen, in denen die militärische und politische Unterstützung für Kiew signifikant umstritten ist – ein Lager, das mittlerweile immer stärker besetzt wird.

Ungarn war mit gutem Beispiel vorangegangen, als der Regierungschef *Viktor Orban* auf dieser Basis bei den Wahlen 2022 triumphierte. Der slowakische Premierminister *Robert Fico* (der wie Herr Milanovic aus der sozialdemokratischen Familie stammt, die ihn jedoch zurückwies) ging einen vergleichbaren Weg, zumal Bratislava sich für die Wiederaufnahme der russischen Gaslieferungen einsetzt. In diesem Land stellte eine Umfrage fest, dass die Meinung, Russland sei eine Sicherheitsbedrohung, von 68 Prozent auf 49 Prozent gesunken sei.

In Österreich könnte die FPÖ, die für friedliche Beziehungen zu Moskau plädiert, den Kanzlerposten erobern, auch wenn es immensen Druck gibt, dies zu verhindern.

In Rumänien wurden die Präsidentschaftswahlen im November 2024 einfach abgesagt, nachdem der «pro-russische» Kandidat überraschend die Wahl gewonnen hatte; sie sollen nun im Mai dieses Jahres stattfinden.

Die bulgarischen Wähler werden ihrerseits höchstwahrscheinlich zum achten Mal in vier Jahren abstimmen gehen, da die als dem Kreml nahestehend bezeichneten Parteien immer stärker werden. Selbst der sehr EU-freundliche *Bojko Borissow*, der das Land lange Zeit regierte, hat soeben die Zweckmässigkeit der Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens zwischen Sofia und Kiew in Frage gestellt, obwohl dieses während vieler Monate ausgehandelt wurde.

Schliesslich werden in den kommenden Monaten Deutschland und die Tschechische Republik ihre Wähler im Februar bzw. Oktober an die Urnen

rufen. Im ersten Fall könnte die AfD, die das Kriegsendagement der derzeitigen Regierung radikal kritisiert, ein beispielloses Ergebnis erzielen. Und im zweiten Fall sagen Beobachter einen Sieg von *Andrej Babiš* voraus, der Orban politisch nahesteht.

Bisher ist die Liste schon um Kroatien ergänzt worden. Es ist schwer vorstellbar, dass es sich bei dieser Abfolge um einen reinen Zufall handelt.

Quelle: <https://freeassange.rtdc.live/europa/232985-kroatien/>, 15. Januar 2025